



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831 - 29  
Fernschreiber 0886890

F/XIII/143 - 30. Juni 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Karl Arnold †	43
2	Der seidene Faden Zum Luftzwischenfall USA - Sowjetunion	31
3	Paris wartet ab De Gaulle am Scheideweg ?	49
4 - 5	Mörder sind unter uns Bemerkungen zum Sommer-Prozess	73
6 - 7	Die Schweidnitzer wollen ausharren Das Ende der deutschen Kulturgruppen in Niederschlesien und Pommern	74

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

Karl Arnold †

sp - Mitter aus dem Kampf in Nordrhein-Westfalen wurde Karl Arnold herausgerissen. Wir verneigen uns vor der Majestät des Todes, die den Gegner abberief und denken in dieser tragischen Stunde daran, dass der Einsatz für die res publica - für die Sache der Öffentlichkeit - harte Opfer fordert.

Karl Arnold war ein Mann, dessen Leben in den letzten Jahren von einer grossen Tragik erfüllt wurde. Der aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung stammende Politiker galt nach 1945 längere Zeit als ein Mann des Ausgleichs, als ein Mann, den die Demokratie braucht. Es war in diesen Jahren sein Bemühen, die in der deutschen Sozialdemokratie organisierte Arbeiterschaft mit anderen demokratischen Elementen zu verbinden und einen grossen Kraftstrom des gegenseitigen Vertrauens zu schaffen.

Diese Idee liess Karl Arnold wohl auch zu einem der Mitschöpfer des längst vergessenen Ahlener Programms der CDU werden, in dem das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer und die Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum Bestandteil der politischen Zielsetzung der CDU war. Wir wissen, dass sich Karl Arnold lange Zeit dagegen gewehrt hat, diese Ausgangsposition des politischen Willens der heutigen Adenauerpartei zu verlassen. In den parteiinternen Auseinandersetzungen der CDU blieb er unterlegen und vielleicht ist dies einer der Gründe dafür, dass Karl Arnolds Stern am politischen Himmel immer blässer wurde.

Noch einmal - es war vor vier Jahren - wollte Karl Arnold sich selbst treu bleiben. Er widersetzte sich den Gleichschaltungsbestrebungen der Bonner Regierung, die von ihm die Ausschaltung der SPD aus der Regierungsverantwortung forderte.

Der Widerstand dauerte nicht lange. Arnold wich dem Druck Adenauers, und von diesem Tage an war er nur noch ein Schatten seiner selbst. Zwar hat man ihn später in der Bundestag gewählt und auch wieder an die Spitze des jetzigen Landtagswahlkampfes auf die Landesliste der CDU gestellt. Aber er blieb der zweite Mann. Auf den CDU-Plakaten in Nordrhein-Westfalen prangt an erster Stelle das Bild Adenauers und damit die Politik Adenauers und der Bonner Regierung...

Ob all' dies den Mann Karl Arnold innerlich zerbrochen hat? Wir wissen es nicht. Er stürzte sich in die Arbeit, hielt Abend für Abend draussen im Lande Wahlkampfreden und versuchte gelegentlich sogar, einen Adenauer in der Heftigkeit bei Angriffen gegen seine politischen Gegner zu übertrumpfen.

Trotzdem - die ihr kannten und jahrelang mit ihm zusammen gearbeitet haben, werden in Trauer des Mannes Karl Arnold gedenken, der mit zu jenen gehörte, die in dem Lande am Rhein und Ruhr nach dem Zusammenbruch 1945 ein Stück deutsche Demokratie aufbauten.

### Der seidene Faden

sp - Während der letzten Tage wurde uns begreiflich gemacht, daß der Frieden unter Umständen an dem seidenen Faden eines gewollten oder ungewollten Luftzwischenfalles hängen kann. Der amerikanische Bomber, der etwa 240 km vor der sowjetischen Grenze entfernt von russischen Düsenjägern auf sowjetischem Gebiet zur Landung gezwungen wurde, ist ein Schulbeispiel dafür.

Man darf annehmen, daß die amerikanischen Flieger ungewollt das Hoheitsgebiet der Sowjetunion verletzt haben. Ebenso darf angenommen und gehofft werden, daß Moskau dieses "ungewollt" anerkennt und sich mit einer entsprechenden Erklärung begnügt. Ob die Besatzung des amerikanischen Flugzeugs nach der Landung ihre Maschine absichtlich in Brand gesteckt hat, um vielleicht an Bord befindliche Apparaturen zu vernichten, wird die Untersuchung ergeben. Das Untersuchungsergebnis wird jedoch nichts an dem Tatbestand ändern. Wenn wir uns nicht irren, haben die Militärflieger aller Staaten stets den Auftrag, ihre Maschine zu zerstören, wenn sie auf "feindlichem" Gebiet landen.

In diesem Falle handelte es sich um einen "normalen" Bomber. Man stelle sich aber vor, was geschehen könnte, wenn ein über den NATO-Ländern kreisendes und mit Atomwaffen beladenes Flugzeug versehentlich über das Hoheitsgebiet der Staaten des Warschauer Paktes fliegt und dort zur Landung gezwungen wird. Ob sich dann der "Gegner" auch mit einem diplomatischen Notenwechsel begnügt? Wird man in diesem Falle nicht Schlimmeres als ein technisches Versagen oder einen Zufall vermuten und wird man dann nicht Reaktionen befürchten müssen, die uns alle in Gefahr bringen?

Natürlich könnte ein solches Ergebnis auch mit umgekehrten Vorzeichen eintreten. Die Welt ist gerade jetzt voller Gefahrenmomente. Unser aller Schicksal hängt an dem seidenen Faden eines möglichen technischen Versagens. Niemand darf sein Gewissen einschläfern lassen durch die Behauptung, der Mensch sei Herr der Technik. Ein einziger Fehler kann heute die ganze Menschheit in das Verderben stürzen.

Paris wartet ab

Paris

Der Besuch des britischen Premierministers Macmillan in Paris galt nach hiesiger Auffassung vor allem dem Wunsch, direkt mit Ministerpräsident de Gaulle diejenigen Fragen zu erörtern, die England und Frankreich gemeinsam bewegen. Das sind die Freihandelszone und die Nahost-Probleme. Als positives Zeichen des Gesprächsergebnisses über die Freihandelszone wird die Vereinbarung gewertet, wonach der französische Wirtschaftsminister Pinay und der britische Wirtschaftsminister Maudling bereits am 3. Juli die zwischen de Gaulle und Macmillan begonnenen Erörterungen fortsetzen werden.

In der Frage der Nahost-Probleme und deren Behandlung scheint man übereingekommen zu sein, zunächst de Gaulles zweiten Besuch in Algerien abwarten zu wollen. Der französische Ministerpräsident begibt sich in Begleitung des früheren Ministerpräsidenten Mollet am 2. Juli nach Algier. In Paris wird dieser Besuch als eine Kraftprobe gewertet, von deren Ausgang möglicherweise die weitere politische Entwicklung in Frankreich abhängen kann.

Seit einigen Tagen befindet sich die gesamte algerische Verwaltung in den Händen der Militärs. Niemand kann zur Stunde sagen, ob de Gaulle die vollständige Übergabe der Verwaltung an die Armee im voraus gebilligt hatte, oder ob er vor eine vollendete Tatsache gestellt wurde, die er zunächst billigen musste.

Es geschehen zur Zeit in Algerien die merkwürdigsten Dinge. Man spricht davon, dass in den letzten Tagen über hundert Personen, die den Militärs nicht genehm sind, zur Abreise aus Algerien gezwungen wurden. Darunter auch hohe Zivilbeamte und namhafte Publizisten, deren reservierte Haltung gegenüber den Vorgängen seit dem 13. Mai bekannt ist. Die militärischen Stellen in Algerien behaupten zwar, niemand sei zur Abreise gezwungen worden und die auffällig hohe Anzahl von Abreisen sei auf die beginnende Ferienperiode zurückzuführen. In Paris hält sich jedoch hartnäckig das Gerücht, dass es sich bei den "Abreisen" um Ausweisungen handelt. Aber auch diese Vorgänge sollen am 2. Juli Gegenstand von Besprechungen zwischen de Gaulle und den massgebenden Militärs in Algerien sein.

Starke Beachtung hat in Paris die Ankündigung gefunden, Ministerpräsident de Gaulle wolle am 14. Juli, dem Nationalfeiertag, eine Ansprache auf dem Republik-Platz halten. An diesem Tage findet zwischen dem Republik-Platz und der Bastille die traditionelle Demonstration der republikanischen Organisationen statt. Wie es heisst, will de Gaulle in dieser Ansprache angesichts der Bevölkerung von Paris sein Verhältnis zur Republik und Demokratie darstellen, in Linkskreisen wird zur Zeit darüber diskutiert, ob de Gaulle vielleicht den Versuch machen wird, eine Verbindung zwischen sich und der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiterschaft herzustellen. Freunde von de Gaulle glauben fest an diese Möglichkeit und behaupten, er habe gar keine andere Wahl, als den "Weg nach links" zu gehen, wenn er sich nicht völlig den Rechteradikalen und den ehemaligen Vichy-Offizieren in der Armee ausliefern wolle. Aber auch diese Frage dürfte erst beantwortet werden können, wenn man das Ergebnis des Algerienbesuchs am 2. Juli übersehen kann.

Mörder sind unter uns

G.B. Die Kette der Prozesse gegen ehemalige Angehörige von KZ-Bewachungsmannschaften und SS-Exekutionskommandos reißt in den letzten Monaten nicht ab. Unvermeidlich taucht dann die Frage auf, warum die Verhandlung so spät eröffnet wird und ob es denn überhaupt noch einen Sinn hat, dreizehn Jahre nach Kriegsende die Untersuchung von Ereignissen in Gang zu bringen, die zum Teil noch weit länger zurückliegen. Sollte man nicht besser einen Schlusstrich unter die ganze blutige Hitlerzeit ziehen?

Unser Strafrecht hat nicht ohne Grund für Mord eine Verjährungsfrist von dreissig Jahren vorgesehen. Und in den meisten Fällen, die jetzt zur Verhandlung stehen, handelt es sich um nackten, brutalen, zum Teil vielfachen Mord, denn für "geringfügigere" Vergehen wurde bereits 1954 eine Amnestie erlassen. Wenn es einem Mörder gelingt, sich jahrelang der Gerechtigkeit zu entziehen, so besagt das nicht das Geringste für die Staatsanwaltschaft, die trotz der verstrichenen Zeit die Pflicht hat, einen Prozess anzustrengen, selbst wenn der Verbrecher in der Zwischenzeit ein "anständiges" Leben geführt hat. So aber steht es mit vielen der SS-Offiziere, Gestapobeamten und KZ-Aufsehern, die jetzt für ihre Untaten zur Rechenschaft gezogen werden. Im Ullmer Prozess z.B., der sich mit Judenerschießungen im Gebiet von Tilsit befasst, hat der Hauptangeklagte, der ehemalige Polizeidirektor von Memel, Fischer-Schwader, es verstanden, mittels falscher Personalien jahrelang unentdeckt zu bleiben. Erst seine eigene Unverschämtheit, sich ausgerechnet zum Dienst bei der Kriminalpolizei zu melden (nachdem auch die "Namenswechsler" amnestiert worden waren), machte auf ihn aufmerksam. Die Beteiligten selbst haben natürlich alles Interesse daran, sich gegenseitig zu decken.

Dazu kommt noch eine Schwierigkeit, der sich die Staatsanwaltschaft gegenübersteht. Es gehörte zu den Praktiken der SS, vor allem der mit der KZ-Bewachung beauftragten Einheiten, sich in den letzten Kriegsmontaten noch an die Front zu melden und den Dienst im KZ solchen Leuten zuzuschicken, die regulär zur Polizei eingezogen und dann gegen ihren Willen zur SS überstellt wurden. So tat es auch der berühmte Martin Sommer, Arrestverwalter in Buchenwald, dessen Prozess jetzt die Öffentlichkeit erregt. Die Kriegsverwundungen, die er sich zuletzt noch zuzog, dienten ihm als mitleiderregende Fassade, hinter der er sich straffrei glaubte, bis das Gericht - nachdem er heiratete und Vater eines Kindes

30. Juni 1958

werden konnte - auf Haft- und Vernehmungsfähigkeit erkannte.

Das ist ein Ausschnitt aus den Gründen, die den späten Termin der Gerichtsverhandlungen bedingen. Dazu kommt noch, dass die Vorbereitung eines Prozesses, dessen Anklageschrift allein 400 Seiten umfasst und für den Hunderte von Zeugen gehört werden müssen, die zum Teil im Ausland leben, geraume Zeit in Anspruch nimmt. Aber soll deshalb, weil Verbrecher es verstehen, sich der Sühne lange Zeit zu entziehen, diese Sühne unterbleiben? Wobei sich natürlich die Frage erhebt, ob man bei den meist ausserordentlich milden Urteilsprüchen überhaupt von "Gerechtigkeit" sprechen kann. Aber selbst wenn es heute nicht mehr um die Sühne allein geht, so ist doch, wie einer der Verteidiger im Simon-Prozess sagte, "aus historischen Gründen" das Aufblättern der Vergangenheit notwendig. Was weiss denn die heutige Generation noch von jenen Schreckenstagen? Jeder dieser Prozesse ruft sie ins Gedächtnis zurück und lehrt gerade die jungen Menschen manches aus unserer jüngsten Geschichte, was in der Schule nur zu oft verschwiegen wird.

Es geht aber auch noch um etwas anderes. Immer wieder lesen wir, dass die Angeklagten mittlerweile bürgerlicher Berufen nachgingen, dass sie ihre Umgebung völlig über ihren blutigen Hintergrund getäuscht hatten. Im Sommer-Prozess offenbarte sich, dass zwei KZ-Ärzte aus Buchenwald heute unbehelligt ihrer Praxis nachgehen, dass sie sogar Entschädigungen und Beihilfen von 29 000 Mark eingestrichen haben. Welcher ihrer Patienten ahnte, dass die Hände, denen er sich da anvertraute, einmal unbarmherzig die tödliche Spritze an die abgezehrten Arme von KZ-Häftlingen setzte? Die Mörder sind unter uns - wollen wir den Mantel des Schweigens über ihre Verbrechen decken, nur weil inzwischen soviel Zeit vergangen ist? Verzeihen wir einem Kindesentführer und -mörder, der aus Gewinnsucht sein Verbrechen beging, wenn er nach Jahren endlich zur Strecke gebracht wird? Und wer da wirklich unschuldig hineingezerrt wurde in mörderisches Geschehen, wer am Rande stand und hilflos mit ansehen musste, wie Unrecht geschah - hat er nicht ein Recht auf Rehabilitierung?

Es nutzt auch nichts, mit einer Schuldrechnung der Gegenseite aufzuwarten. Denn - wie der Oberstaatsanwalt im Arnstberg-Prozess sagte, "Verbrechen lassen sich nicht gegeneinander kompensieren". Ehe wir den Strich unter die Vergangenheit ziehen können, muss klar mit ihr abgerechnet werden. Das ist der Sinn der Prozesse.

Die Schweidnitzer wollen ausharren

rh - Von den deutschen Kulturgruppen, die in den letzten fünf Jahren in Niederschlesien und Pommern am Werke waren, hat die Schweidnitzer am längsten durchgehalten. Sie ist auch heute noch tätig und will so lange beisammenbleiben, bis die Umsiedlung der Deutschen in Niederschlesien im wesentlichen abgeschlossen ist. Das Ausharren der Schweidnitzer ist umso beachtlicher, als die Kulturgruppe bereits im Vorjahr einen grossen Teil ihrer Mitglieder durch Umsiedlung verloren hatte und man es dem Rest nicht hätte verübeln können, wenn er die Kulturgruppe aufgelöst hätte. So aber wurden neue Mitglieder geworben, es wurde ein neues Programm einstudiert, und es zeigte sich, dass alle dafür Verständnis hatten, dass auch die an Zahl immer geringer werdenden Deutschen eine kulturelle Betreuung benötigen, solange sie im Lande bleiben. Viele der heutigen Mitglieder der Kulturgruppe hätten schon längst umsiedeln können - sie sind alle geblieben, um ihre Aufgabe bis zum Ende zu erfüllen.

Dass diese Aufgabe der kulturellen Betreuung in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten in den vergangenen fünf Jahren - solange gibt und gab es in Niederschlesien und Pommern deutsche Kulturgruppen - nicht immer leicht und einfach war, haben alle Kulturgruppen auch dann erfahren müssen, wenn sie eine gewisse offizielle Förderung hatten. Denn diese Förderung wurde oft durch kleinliche Schikane der unteren Instanzen wettgemacht oder einfach durch die Tatsache, dass kein Verständnis für die deutsche Kulturarbeit vorhanden war. Es dauerte Jahre, bis sich die Unterstützung durch die Gewerkschaften und die Kultureinrichtungen der Betriebe (mit deutschen Belegschaftsmitgliedern) so weit eingelebt und eingespielt hatte, dass die Kulturgruppen richtig planen konnten. Dann wieder ging die Förderung auf die Nationalräte über, und es setzte die Umsiedlung ein, die vielen Kulturgruppen ein rasches Ende durch Mitgliederschwund und Selbstauflösung brachte.

Neben der Schweidnitzer deutschen Kulturgruppe, die als einzige über die Grenzen von Niederschlesien hinaus wirkte und in Stettin und Pommern Gastspiele veranstaltete, waren die Kulturgruppen in Waldenburg und der näheren Umgebung sehr rührig. Eine besondere Rolle spielte die Kulturgruppe "Glatzer Rose", die vor fünf Jahren in Kudowa als deutscher Gesangschor entstanden war und damals in Glatz beim Wettgesingen der Laiergruppen trotz stärkster polnischer Konkurrenz den ersten Preis erhielt. Die Gruppe trat später in einheitlichen blauen Kleidern auf, die mit

einer gelben Rose geschmückt waren. Ihre Leiterin, Frau Maria Margarete Becker, verstand es in kürzester Zeit, aus der Gruppe ein festgefügt Ensemble zu machen, das sich auch oft die Ausstattung selbst besorgen und nähen musste, weil eine Unterstützung durch die Kulturabteilung des Wojwodechaftsrates für Niederschlesien erst in den letzten Jahren erreichbar war. Vor kurzem ist die "Glatzer Rose" in Bad Kudowa zum letzten Mal aufgetreten und hat ihrem Publikum zum Abschied einen bunten Querschnitt ihrer besten Vortragsnummern geboten. Das Ensemble hat sich selbst auflösen müssen, weil immer weniger deutsche Besucher vorhanden sind und auch die Mitglieder des Ensembles eines nach dem anderen zur Umsiedlung an die Reihe kommen. Einige Mitglieder werden in Bad Kudowa bleiben und für gelegentliche Veranstaltungen der Deutschen, die ihre Heimat nicht verlassen wollen, zur Verfügung stehen.

Ungeklärt ist noch das weitere Schicksal des einzigen deutschen Berufsensembles (dessen Gagen vom Warschauer Kulturministerium bezahlt werden), das unter dem Namen "Freundschaft" seit fünf Jahren in Bad Salzbrunn besteht und sich durch gute Aufführungen von bunten Programmen, Singspielen und Operetten in ganz Niederschlesien einen Namen gemacht hat. Auch dieses Ensemble hatte im vergangener Jahr unter starkem Mitgliederschwund zu leiden, gewann dann aber neue Kräfte und konnte in den letzten Monaten wieder aktiv werden. Im Herbst wird es sich entscheiden, ob eine deutsche Laienspielgruppe mit öffentlicher Förderung daraus gemacht werden soll oder ob man es einem polnischen Theater als selbständige Gruppe anschliessen wird. Es besteht auch die Möglichkeit, dass ein gemischtes deutsch-polnisches Ensemble entsteht.

In der kulturellen Betreuung der noch in Pommern lebenden Deutschen ist in den letzten Monaten eine Vakanz eingetreten. In Stettin besteht zwar noch das "Haus der deutsch-polnischen Freundschaft", aber dessen einst sehr rührige deutsche Kulturgruppe (die u.a. Schillers "Wilhelm Tell" elfmal aufgeführt hat) ist nur noch in einigen Resten vorhanden. In Pommern waren vor zwei Jahren die vielen deutschen Kulturgruppen bei den Staatagüterverwaltungen so aktiv, dass im Theater in Stölp ein Wettbewerb veranstaltet werden konnte. Inzwischen sind fast alle diese Gruppen im Zuge der Umsiedlung zerfallen, und es sind nur wenige Kinderchöre an den restlichen deutschen Schulen übriggeblieben. Auch hier wird es sich im Herbst entscheiden, wieviele Deutsche übrigbleiben und ob für sie eine deutsche Kulturgruppe geschaffen werden kann.

-----  
+        +  
-----  
Verantwortlich: Günter Marksoeffel